



Stellungnahme zur CDU-Forderung nach Öffnung der Busspur in der Oberen Zahlbacher Straße (OZB) für den allgemeinen Kfz-Verkehr

In der letzten Sitzung des Ortsbeirats Oberstadt im Januar hat die CDU-Fraktion einen Prüfantrag eingebracht, mit dem Ziel, die Busspur in der Oberen Zahlbacher Straße im Kurvenbereich vom Landwehrweg aus für den Kfz-Verkehr zu öffnen.

Hintergrund: Im Landwehrweg komme es in den Morgenstunden an der Einfahrt zur OZB sehr oft zu einem Rückstau. Viele Autofahrer benützten den Landwehrweg als Abkürzung (z. B. zur Uniklinik bzw. zur Universität). Bei der Einfahrt in die OZB komme es dann, wegen des vorfahrtberechtigten Verkehrs aus der Zahlbacher Steig, zum Teil zu erheblichen Staus.

Lösung der CDU: Durch ein Öffnen der rechtsabbiegenden Busspur (in der OZB) könne eine deutliche Verbesserung des Verkehrsflusses erzielt werden.

Warum hat die SPD-Fraktion diesem Prüfantrag nicht zugestimmt?

Zunächst sei angemerkt, dass es sich bei dem Rückstau um ein gelegentlich auftretendes Problem handelt, dass – wenn überhaupt – werktags etwa zwischen 07.00 und 08.00 Uhr auftreten kann.

Der Rückstau entsteht i. d. R. wenn auf einer der Hauptverkehrsachsen stadteinwärts ein Problem auftritt. Steht dort der Verkehr, versuchen die Autofahrer auf „Ersatzrouten“ auszuweichen. Dazu gehören einerseits die Zahlbacher Steig und die OZB und in umgekehrter Richtung der Landwehrweg und die Zahlbacher Steig.

Die CDU schlägt nun vor, zulasten der Fußgänger und Radfahrer, die hier die Busspur queren müssen, den Kfz-Abbiegern in die OZB eine Bevorrechtigung einzuräumen. Den Autofahrern, die in die Zahlbacher Steig einbiegen möchten, nutzt dies nichts. Sie stehen immer noch im „Stau“. Damit ändert sich an der Verkehrssituation im Landwehrweg faktisch nur wenig. Ein Rückstau bleibt immer noch.

Der Kfz-Verkehr der nun über die Busspur in die OZB einbiegt hat sofort ein Problem: Selbst wenn er die kreuzenden Fußgänger und Radfahrer ignoriert (und dabei hoffentlich keinen Unfall verursacht) kommt er jetzt in einer Bushaltestelle an. Müsste die verlegt werden? Nach dem Willen der CDU sollen die Kfz nun sofort auf die normale Fahrspur wechseln und nicht weiter die Busspur nutzen. Warum sollten das die Autofahrer tun, wenn doch auch auf der normalen Fahrspur zähflüssiger bis stehender Verkehr herrscht? Auf der Busspur gibt es aber weitere Gefahrenquellen: Sie ist tagsüber für Lieferverkehr zum Be- und Entladen freigegeben. Es ist also mit Hindernissen zu rechnen. An der Einmündung der Schillstraße biegen Kfz von der normalen Fahrspur ab und queren hier die



Busspur und anschließend den Fuß- und Radweg. Das ist auch unter „Normalbedingungen“ nicht unkritisch. Durch Kfz-Verkehr auf der Busspur wird die Situation verschlechtert.

Irgendwie scheint der Vorschlag der CDU nicht durchdacht. Ein kleiner Vorteil für wenige Autofahrer wird zu einer Gefährdung für alle. Und dabei haben wir das Hauptproblem überhaupt noch nicht betrachtet:

Der Fuß- und Radweg vom Milchpfad/Zahlbacher Steig über den Kreuzungsbereich OZB-/Landwehrweg hinweg und weiter die OZB entlang ist eine der Hauptverbindungen zwischen Bretzenheim und Oberstadt und dem Stadtzentrum. Insbesondere im Zeitraum zwischen 07.00 und 08.00 Uhr ist er ein stark frequentierter Schulweg. Hinzu kommt eine Querverbindung für Radfahrer im Landwehrweg, die aus Hechtsheim und Teilen der Oberstadt zur Uniklinik wollen.

Alle Fuß- und Radwege treffen sich im Kurvenbereich OZB/Landwehrweg und queren die besagte Busspur und zwar derzeit ohne Fußgängerüberweg oder Ampel.

Im Interesse der Verkehrssicherheit müsste nun eine Querungshilfe installiert werden. Folge: Zusätzliche Kosten für Ampel oder Überweg und die scheinbare Zeitersparnis durch Freigabe der Busspur wäre endgültig dahin.

Der ganze Prüfantrag der CDU ist nicht durchdacht, da er die mögliche geringfügige Verbesserung der Verkehrssituation für einige Autofahrer mit einer deutlichen Verschlechterung der Sicherheit für Radfahrer und Fußgänger erkauft. Dies ist nicht hinnehmbar! Wollte man die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer beibehalten und würde mit zusätzlichen Überwegen oder sogar Ampeln arbeiten, würde aus dem Prüfantrag endgültig ein Schildbürgerstreich, denn dann wäre auch wieder die marginale Beschleunigung des Kfz-Verkehrs dahin und zusätzlich würden erhebliche Kosten erzeugt.

Unser Vorschlag lautet deshalb: Lassen wir doch alles wie es ist. Dieser Kreuzungsbereich funktioniert seit vielen Jahren ohne große Gefährdungen für alle Verkehrsteilnehmer – und übrigens auch 23 Stunden am Tag ohne Ministaus. Es gibt sicherlich andere Verkehrsprobleme in der Oberstadt zu lösen!

Hans-Wilfried Zindorf,
Sprecher der **SPD**-Ortsbeiratsfraktion
Mainz-Oberstadt